

Stellungnahme der Stadt Leipzig zum Grünbuch der Europäischen Kommission:

Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern – Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union

Präambel

Grundsätzlich ist eine Auseinandersetzung mit dem Thema psychische Gesundheit auf EU-Ebene zu begrüßen. Anders als bei somatischen Erkrankungen spielen bei psychischen Störungen und der damit verbundenen Definition von Gesundheit und Krankheit gesellschaftliche Etikettierungen von Normalität und Abweichung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Gerade deshalb ist der Demokratisierungsprozess, der mit dem EU-Grünbuch vorangetrieben werden soll, zu unterstützen, der eine ausschließlich medizinische und damit letztendlich restriktive Betrachtung und Handhabung von psychischer Störung verhindert.

Die Stadt Leipzig hat seit den 1960er Jahren vielfältige Erfahrungen auf dem Gebiet der ambulanten gemeindenahen Psychiatrie gesammelt. Nur durch komplexe, miteinander vernetzte und klar strukturierte ambulante, teilstationäre und stationäre Therapie- und Integrationsangebote, die im Lebensumfeld der betroffenen Menschen angeboten werden, lässt sich ein anspruchsvolles und gut angenommenes Behandlungsangebot realisieren.

In den letzten Jahren ist dabei der Beteiligung der Betroffenen besondere Bedeutung zugekommen. Der beteiligungsorientierte Ansatz offeriert viele Vorteile: damit lässt sich insbesondere eine an den Bedürfnissen der Nutzer orientierte Versorgung sicherstellen, die zugleich eine bessere Kontrolle und Transparenz des professionellen Psychiatriebereichs sichert.

Ziel aller Bemühungen bei der Verbesserung der psychischen Gesundheit und der Bewältigung psychischer Störung sollte die Normalisierung aller Lebensbereiche sein.

Im folgenden wird auf die 3 Fragekomplexe am Ende des Grünbuches eingegangen.

Zu 1.)

Die Einschätzung der Europäischen Kommission zur Bedeutung der psychischen Gesundheit für die Erreichung der Ziele der Lissabon-Strategie wird von der Stadt Leipzig mitgetragen. Psychische Gesundheit darf dabei aber nicht nur ein klinisches Ziel sein, d.h. das Ziel von Medizinern, sondern muss auch als politisches Ziel verstanden werden. In diesem Rahmen kommt der lokalen Ebene eine besondere Bedeutung zu, nämlich:

- um Strategien für die Entwicklung psychischer Gesundheit auf der lokalen Ebene, d.h. in Städten und Landkreisen zu schaffen, und
- von Beginn an medizinische Handlungskonzepte mit sozialen Integrationskonzepten zu verknüpfen.

Zu 2.)

Nicht alles, was das widersprüchliche Leben in der modernen Gesellschaft ausmacht, muss als Krankheit formuliert und von professionellen Helfern behandelt werden. Prävention bezieht sich aber nicht allein auf die Verhinderung von Krankheit, sondern fördert politische Maßnahmen, die solidarisches, gutnachbarschaftliches Zusammenleben fördert und damit die Menschen stärkt, mit den gesellschaftlichen Widersprüchen umzugehen und sie auszuhalten. Nur so kann Vereinsamung, Sinnverlust und Depression sinnvoll entgegengewirkt werden.

Die Stadt Leipzig unterstützt die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Methodik zur Förderung der psychischen Gesundheit. Jedoch sollten insbesondere den Betroffenen-, Nutzer- und Angehörigengruppen ein stärkeres Mitspracherecht eingeräumt werden und bei der Bildung des vorgeschlagenen Netzwerkes und der Informationsplattform mit berücksichtigt werden. Gerade deren Kompetenzen können für die Umsetzung der Strategie von Bedeutung sein und zumindest auf politischer Ebene sollte eine gleichberechtigte Beteiligung ermöglicht werden.

Die Stadt Leipzig unterstützt die vorgeschlagenen 4 Schwerpunkte, welche unter Punkt 6 genannt werden. Insbesondere der Ansatz von EUROCITIES zur Stärkung ambulanter, gemeindenaher und außerklinischer Behandlungs- und Betreuungsansätze wird sowohl aus fachlicher wie finanzieller Sicht von Leipzig befürwortet.

Zu 3.)

Die Stadt Leipzig trägt die unter Punkt 6.1 von der Europäischen Kommission hervorgehobenen Zielgruppen mit. Ebenso die unter den Punkten 6.2 und 6.3 dargelegten Aktivitäten werden unterstützt, wobei besondere Schwerpunkte im folgenden gesehen werden:

- Die stationäre psychiatrische Versorgung sollte, wie im Grünbuch ausgeführt, an Allgemeinkrankenhäusern und nicht an gemeindefernen Großkrankenhäusern durchgeführt werden.
- Die Einbeziehung von Angehörigen psychisch Kranker und Psychiatrieerfahrenen in die Psychiatrieplanung stellt einen wichtigen und notwendigen Fortschritt dar.
- Personenzentrierten, institutionsübergreifenden Ansätzen sollte Vorrang eingeräumt werden. Dies gilt auch für die Forschung, die insbesondere auch „Patientenkarrieren“ untersuchen und Weichenstellungen in der Entwicklung und Verhinderung von Chronizität identifizieren sollte.

Bei den unter Punkt 7 genannten Maßnahmen sei insbesondere auf die Erfahrungen der kommunalen und hier insbesondere der Städte als Lebensraum verwiesen, die sowohl beim Dialog mit den Mitgliedsstaaten, bei der Einrichtung einer EU-Plattform und der Einrichtung einer Schnittstelle zwischen Politik und Forschung mit berücksichtigt werden sollten. Hier sei auf EUROCITIES und andere lokalen Vertretungsorganisationen verwiesen.

This paper represents the views of its author on the subject. These views have not been adopted or in any way approved by the Commission and should not be relied upon as a statement of the Commission's or Health & Consumer Protection DG's views. The European Commission does not guarantee the accuracy of the data included in this paper, nor does it accept responsibility for any use made thereof.